



Arbeitsgemeinschaft der
Jugendverbände in
Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 09.07.2013

Mail: info@ljr-nrw.de

Telefon: 02 11/49 76 66-0

www.ljr-nrw.de

Beschluss des Hauptausschusses Landesjugendring NRW vom 09.07.2013

TOP 03: Positionierung Kinderrechte auch für EU Neubürger/innen

Kinderrechte auch für EU-Neubürger/innen

Seit dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 ist in einigen Kommunen in NRW eine signifikante Zunahme von Zuwanderung aus beiden Ländern zu verzeichnen. Die politisch hochgelobte EU-Erweiterung und die damit verbundene Freizügigkeit treffen das Land NRW und die Kommunen jedoch offensichtlich völlig unvorbereitet. Denn die Bedingungen für die Menschen vor Ort in Nordrhein-Westfalen sind unwürdig und inakzeptabel. Hinzu kommt eine nicht bezifferte Anzahl von Roma, die in ihren Herkunftsländern rassistisch motivierter Diskriminierung und Ausschluss von sozialen Zugängen ausgesetzt war.

Viele der neuen EU-Bürger/innen leben in unserem Land in Armut und unter mehr als prekären Lebensumständen. Im Großteil der Medien werden demgegenüber vorrangig das vorgebliche Verkommen der Stadtteile, Kriminalität, Zwangsprostitution oder Verelendung thematisiert. Doch die Realität zeigt, dass diese Familien in menschenunwürdigen Wohnverhältnissen leben, kaum bis gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheits- und zum Bildungssystem haben.

Mit Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass Kinder und Jugendliche, welche den überwiegenden Teil der neuen EU-Bürger/innen ausmachen, besonders unter den Bedingungen leiden. Für sie ist oftmals ein Arztbesuch nicht möglich, d. h. die Kinder und Jugendlichen werden weder geimpft noch haben sie Zugang zu den U-Vorsorgeuntersuchungen oder gar zu einer Zahnprophylaxe.

In einigen Kommunen werden sie – trotz Minderjährigkeit und bestehender Schulpflicht – nicht beschult. Die Kinder und Jugendlichen werden auf Wartelisten verzeichnet, weil

angeblich keine Schulplätze vorhanden sind. In denselben Kommunen werden Schulschließungen oder Zusammenlegungen von Grundschulen vorgenommen. Das ist paradox und nicht weiter hinnehmbar!

Wir fordern, dass diesen Kindern und Jugendlichen aus den beigetretenen EU-Ländern eine faire Chance auf Integration in unserem Land geboten wird. In den 80er und 90er Jahren wurden in NRW große Fehler begangen, indem die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien nicht oder nur halbherzig betrieben wurde, explizit bei Familien aus dem Libanon. Aus diesen Fehlern sollten alle gelernt haben und den jetzt neuzugewanderten Kindern und Jugendlichen Teilhabe und ein Recht auf Bildung von Anfang an ermöglichen. Dazu bedarf es nicht nur eines bereitgestellten Schul- bzw. Kitaplatzes sondern auch Spracherwerbskursen, die den individuellen Fähigkeiten entsprechen. Zusätzlich fordern wir die Kommunen auf, die derzeit übliche Vermietung maroder Gebäude zu horrenden Preisen zu unterbinden und stattdessen aktiv für die Bereitstellung menschenwürdigen Wohnraumes zu sorgen.

Wir fordern darüber hinaus auch für die neuen EU-Bürger/innen die sofortige Anwendung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention mit allen dort benannten Grundrechten: insbesondere das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Bildung und Ausbildung und das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung.

Wir beklagen derzeit die sich aus dem demografischen Wandel ergebenden sozialen Verwerfungen. Jetzt haben wir die Gelegenheit, die Neuzuwanderung endlich als Chance zu betrachten – als Chance, unsere Gesellschaft zu verjüngen und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Diese große Chance basiert auf der Forderung „Bildung für *alle*“, sowohl im schulischen als auch außerschulischen Bereich. Sie beinhaltet ebenfalls die Möglichkeit zu Teilhabe und Teilnahme aller Kinder und Jugendlichen an Ferienfreizeiten.

Wir fordern alle Politiker/innen in NRW dringend auf, sich diesem Thema unmittelbar und zwingend mit Lösungsintentionen anzunehmen. Die Zeit drängt, wenn wir tatsächlich „kein Kind zurück lassen“ wollen.